

## Nigeria

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
158,3 Millionen	Christen	45,5%
	Muslime	45,4%
	Animisten	8,8%
	sonstige	0,3%



Die Verfassung von Nigeria erkennt die Religionsfreiheit an; dazu gehört das Recht, seinen Glauben zu bekunden, zu propagieren oder zu wechseln. Abschnitt 10 (1) besagt: „Die Bundesregierung oder die Regierung eines Bundesstaates soll keine Religion als Staatsreligion annehmen.“ Allerdings ist Nigeria auch Mitglied der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) und im Oktober 1999 erweiterten zwölf der 36 Staaten der Föderation (alle im Norden: Bauchi, Borno, Gombe, Jigawa, Kaduna, Kano, Katsina, Kebbi, Niger, Sokoto, Yobe und Zamfara) die Anwendung der Scharia vom Familienrecht (wo es bereits angewandt wurde) auf das Strafrecht. Das bedeutete die Einführung von Körperstrafen wie Auspeitschung, Amputation von Gliedmaßen und die Todesstrafe (durch Steinigung).

Um die Scharia im Alltag durchzusetzen, haben mindestens vier Bundesstaaten (Zamfara, Niger, Kaduna und Kano) eine Religionspolizei (Hisbah) eingesetzt, der immer wieder Missbrauch vorgeworfen wird (beispielsweise die ungerechtfertigte Beschlagnahmung von alkoholischen Getränken).

Im Prinzip gilt die Scharia in zivil- und strafrechtlichen Belangen nicht für Nichtmuslime. Dennoch sind Nichtmuslime in Nigeria auf verschiedene Art und Weise von der Scharia betroffen, besonders, was den Konsum und den Vertrieb von alkoholischen Getränken betrifft und die Geschlechtertrennung und Diskriminierung, denen Frauen in öffentlichen Verkehrsmitteln, Schulen und im Gesundheitswesen ausgesetzt sind.

Die Bundesstaaten, in denen die Scharia gilt, stellen großzügige Mittel für Pilgerreisen nach Mekka und für den Bau von Moscheen zur Verfügung. Sie tun das gleiche, aber in geringerem Maße, für christliche Gebetsstätten und Pilgerreisen nach Jerusalem. Viele christliche Kirchen im Norden und einige wenige muslimische Gruppen im Süden beklagen, dass die lokalen Behörden städtische Verordnungen als Vorwand nutzen, um den Bau neuer Gebetsstätten zu verbieten.

In manchen Bundesstaaten mit Scharia können Angeklagte wählen, ob sie nach islamischem oder säkularem Recht behandelt werden wollen, aber das ist nicht überall der Fall. Aus diesem Grund stehen in wenigstens fünf Bundesstaaten (Bauchi, Jigawa, Kano, Niger und Zamfara) Revisionen von Gerichtsurteilen an, durch die die Amputation von Gliedmaßen oder der Tod durch Steinigung verhängt wurde.

### **Schulsituation**

Nigerias Verfassung verpflichtet die staatlichen Schulen nicht zur Erteilung von Religionsunterricht, doch in vielen Bundesstaaten, in denen die Scharia gilt, sind muslimische Schüler zum Besuch des Religionsunterrichts verpflichtet. Schüler anderer Religionszugehörigkeit können Religionsunterricht in ihrer eigenen Religion verlangen. Oft jedoch finden sich in den nördlichen Staaten nur wenige Lehrer für christlichen Religionsunterricht. Demgegenüber gibt es im Süden nur wenige Lehrer, die islamischen Religionsunterricht erteilen können.

### **Interreligiöser Dialog**

Ein interreligiöser Dialog wurde in Nigeria durch Initiativen des Nigerianischen Interreligiösen Rates (NIREC) ermöglicht. Der NIREC wurde 1999 gegründet und zählt 50 Mitglieder (25 Christen, 25 Muslime). Auf lokaler Ebene gibt es das Inter-Faith Mediation Center in Kaduna, das 1995 gegründet wurde. Die Christian Association of Nigeria (CAN) ist die wichtigste ökumenische Vereinigung, die nigerianische Christen vertritt. Sie arbeitet als Dachorganisation, um die Rechte der Christen zu verteidigen und agiert als Partner in den interreligiösen Beziehungen mit Muslimen.

### **Intoleranz und Diskriminierung**

Die größte religiöse Intoleranz und Diskriminierung gegen die christlichen Gemeinden geschieht in den stärker islamisierten Bundesstaaten Nordnigerias (fast deckungsgleich mit den zwölf Bundesstaaten, in denen die Scharia gilt). Dazu zählen falsche Blasphemie-Anschuldigungen gegen christliche Schüler und Lehrer, wodurch diese gezwungen werden, ihre Schulen zu verlassen; die Verweigerung von Baugenehmigungen für christliche Kirchen und

Friedhöfe; der Abriss angeblich illegal errichteter christlicher Gebetsstätten; die Entführung und erzwungene Konvertierung von Jugendlichen, überwiegend Mädchen, die dann mit muslimischen Männern verheiratet werden; Diskriminierung der Christen im öffentlichen Bereich und bei der Bewilligung staatlicher Dienstleistungen; Einschüchterung und Morddrohungen gegen zum Christentum konvertierte Muslime; die Rechtsprechung über Christen vor Scharia-Gerichten, obwohl diese das Recht haben, vor ein anderes Gericht gestellt zu werden; die Verhängung der islamischen Kleiderordnung über christliche Schülerinnen an staatlichen Schulen; die Manipulation der Zulassungskriterien für staatliche Schulen und Universitäten mit dem Ziel, ausschließlich Muslimen den Vorzug zu geben.

In ihrem Jahresbericht 2009, der am 1. Mai 2009 veröffentlicht wurde, fügte die United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF) Nigeria zu ihrer Liste von „besonders problematischen Ländern“, also von Staaten mit besonders schweren Verletzungen der Religionsfreiheit hinzu. Dreizehn Länder stehen auf dieser Liste, darunter drei afrikanische Staaten (Sudan, Eritrea und Nigeria). Nigeria wurde wegen der weit verbreiteten religiös motivierten Gewalt, die in den letzten zehn Jahren 12 000 Menschen das Leben gekostet hatte, wegen der Ausweitung der Scharia und ihrer Anwendung auf Nichtmuslime und wegen der Berichte von christlichen Organisationen über die Diskriminierung von Christen auf die Liste gesetzt.

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Zenit im März 2010 sagte der katholische Erzbischof von Jos, Ignatius Kaigama, als Antwort auf eine Frage über Muslime, die zum Christentum konvertieren wollen: „Ich habe junge Männer getroffen, die zu mir kamen, weil sie Hilfe suchten. Es waren junge Hausa oder Fulani, die gesagt haben: ‚Wir sind Muslime, aber wir möchten Christen werden.‘ Alle berichten davon, dass sie Todesdrohungen erhalten haben. Sie wurden von ihren Familien verstoßen, und falls man sie findet, werden sie umgebracht. Deshalb suchen sie bei mir Hilfe.“

Die Maguzawa gehören zwar zur Ethnie der Hausa, sind aber keine Muslime wie die anderen Hausa-Stämme. Deshalb werden sie deutlich diskriminiert. Laut nigerianischem Gesetz werden sie zur Urbevölkerung der nördlichen Bundesstaaten gezählt, aber weil sie entweder traditionellen Religionen oder

verschiedenen christlichen Konfessionen angehören, werden sie von der Arbeit im Öffentlichen Dienst und in staatlichen Schulen ausgeschlossen.

### **Religiös motivierte Gewaltakte**

Im November 2008 gab es bedeutende religiöse Unruhen in der Stadt Jos. Muslimische Hausa begannen gewalttätige Proteste gegen Christen, denen sie Wahlfälschung vorwarfen. Die Christen hatten den Kandidaten der People's Democratic Party unterstützt. Laut offiziellen Zahlen kamen bei den Unruhen 400 Menschen (darunter mindestens sechs christliche Geistliche) ums Leben. Mindestens 40 Kirchen und einige Moscheen wurden zerstört.

Weniger als drei Monate später, im Februar 2009, brach im benachbarten Bundesstaat Bauchi ein Streit zwischen Christen und Muslimen aus. Da nach einem Autounfall die Hauptstraße blockiert war, benutzten die Muslime einen Weg, der an der Pfingstkirche vorbeiführte. Im Zuge der gewalttätigen Auseinandersetzungen starben 11 Menschen, 1500 wurden obdachlos und 14 Kirchen, 8 Pfarrhäuser, 2 Moscheen und etwa 150 Häuser und Geschäfte wurden in Brand gesteckt oder zerstört.

Im Juli 2009 unterdrückten die Sicherheitskräfte einen Aufstand der Boko Haram, einer extremen islamischen Sekte, die versuchte, Regierungsinstitutionen im nördlichen Nigeria zu stürzen, ihre gewalttätige Form der Scharia einzuführen und „westliche Bildung“, die sie als unislamisch ansieht, zu verbieten. Bei den Ausschreitungen in den Bundesstaaten Borno, Bauchi, Gombe, Kano und Yobe kamen 700 Menschen ums Leben, darunter der Führer der Sekte. CAN berichtete von dem Mord an 14 Geistlichen und Angriffen auf 20 Kirchen. Allerdings wurde die genaue Zahl von getöteten Christen niemals festgestellt, außer im Bundesstaat Gombe, wo von zwölf getöteten Christen, darunter Frauen und Kinder, berichtet wurde und im Bundesstaat Borno, wo drei Geistliche und zwölf christliche Laien erschlagen wurden.

Im Laufe ihres Aufstands entführten die Boko Haram Dutzende von Christen, die als menschlicher Schutzschild genutzt oder zur Konversion gezwungen wurden. Eine unbekannte Zahl männlicher Geiseln wurde getötet, darunter einige, die sich der Zwangsbekehrung verweigerten, unter anderem die Pfar-

rer Sabo Yukubu, Sylvester Akpan und Geporge Orjih. Augenzeugen berichteten, dass Pfarrer Orjih geköpft wurde.

Im Dezember 2009 forderte die Niederschlagung eines Aufstands der islamistischen Kala-Kato-Sekte in der Stadt Bauchi 70 Todesopfer. Die Kala-Kato lehnen die Moderne ab, besonders westliche Bildung und Medizin. Sie verbieten auch Rundfunk, Fernsehen und alle Bücher außer dem Koran.

Zwischen dem 17. und 20. Januar 2010 gab es in Jos und seiner unmittelbaren Umgebung weitere interreligiöse Gewalt. Die Anzahl der Todesopfer variiert zwischen 200 und 492, je nach Quelle.

KIRCHE IN NOT berichtete über die Ermordung von 48 Christen, darunter zwei Pfarrer, und von Angriffen auf elf christliche Gebetsstätten. Laut ersten Berichten der Polizei des Bundesstaates Plateau war die Ursache der Zwischenfälle ein Angriff auf die katholische Sankt-Michael-Kirche in Nasarawa Gwong. Aber der Erzbischof von Jos dementierte diese Version und sagte, der Priester hätte an jenem Tag in aller Ruhe drei Messen gefeiert. Ein Besuch des Vizepräsidenten Dr. Goodluck Jonathan bestätigte, dass die Sankt-Michael-Kirche niemals angegriffen worden war.

Nach diesen Vorfällen sagte der Präsident von CAN im Bundesstaat Zamfara, Reverend Edwin Okpara: „Es ist bedauerlich, dass es keine Reaktion der Polizei gab und selbst der Gouverneur sich geweigert hat, mit uns zu sprechen.“ Weiter sagte er: „Der Grad der Verfolgung in Zamfara ist alarmierend. Er ist höher als in allen anderen Bundesstaaten. Nicht einmal in Sokoto oder Kano werden Christen einer derartigen Diskriminierung ausgesetzt. (...) Wir leben in diesem Bundesstaat mehr oder weniger wie Untergrundkirchen. Die derzeitige Regierung von Zamfara hat sich als stärker anti-christlich herausgestellt als die frühere Regierung, die die Scharia eingeführt hatte.“

Am folgenden 7. März griffen muslimische Hausa-Fulani südlich von Jos unter „Allahu Akbar“-Rufen die Dörfer Zot, Dogo Nahawa und Rastat an, die von christlichen Berom bewohnt werden. Dabei töteten sie zwischen 300 und 500 Menschen und steckten 75 Häuser in Brand.

Am 17. März 2010 griffen muslimische Extremisten in Armeuniform zwei christliche Dörfer in Plateau an, zündeten 20 Häuser an und töteten 13 Menschen, meist Frauen (darunter eine Schwangere) und Kinder. Den Opfern waren die Zungen herausgeschnitten worden.

### **Kontroverse über die Massaker in Kuru Karama und Jos**

Die Massaker im Bundesstaat Plateau, am 17. Januar 2010 in Kuru Karama und am 7. März 2010 in Jos, führten zu einer Kontroverse darüber, wer sie begangen hatte und ob sie religiös motiviert waren oder nicht.

Laut International Christian Concern (ICC) war Kuru Karama kein muslimisches Dorf und unter den Opfern waren auch Christen.

In einem Interview mit ICC beklagte sich der anglikanische Bischof von Jos, Right Reverend Benjamin Kwashi: „Die Medien berichten, als ob die Kirche Muslime töten würde. Einige Leute haben die Angreifer zurückgeschlagen, als sie ihre Häuser und Familien verteidigten“, sagte er, „Was dann passierte, war ein Chaos auf beiden Seiten.“

„Wir sind tief getroffen durch die kürzlichen Dschihad-Angriffe auf wehrlose Christen in Nigeria“, sagte der ICC-Regionalmanager für Afrika, Jonathan Racho. „Leider bezeichnen die Medien und die Politiker die Angriffe fälschlicherweise als ethnische Gewalt und verschweigen damit die Wahrheit über die skrupellosen islamischen dschihadistischen Angriffe, die zum Ziel haben, Christen aus Nord-Nigeria zu vertreiben.“

Auf der anderen Seite sagte der katholische Erzbischof John Olorunfemi Onaiyekan aus der Hauptstadt Abuja, dass nicht die Religion der ursprüngliche Grund für die Gewalt sei. Im Gespräch mit Radio Vatikan sagte er: „Das ist ein klassischer Konflikt zwischen Viehzüchtern und Ackerbauern, die einander nicht wegen der Religion, sondern aus sozialen, wirtschaftlichen, stammesbedingten und kulturellen Gründen umbringen.“

Auch der katholische Erzbischof von Jos, Ignatius Kaigama, wies wiederholt Behauptungen zurück, dass die Religion hinter dem Konflikt stünde. „Bedeutenderweise wird die Religion benutzt, um von den wahren Problemen

abzulenken. Die Religion wird von Politikern benutzt, denen es in Wahrheit um andere Dinge geht.“ Er fügte hinzu: „Es ist besorgniserregend, dass sowohl christliche als auch muslimische Jugendliche sich an die Anwendung von Gewalt gewöhnt haben. Alle Seiten müssen sich um eine neue Gewissensbildung der Jugendlichen bemühen.“

### **Quellen**

ACN News  
Catholic News Agency  
Catholic News Service  
Christian Solidarity Worldwide  
Christian Today  
Compass Direct News  
International Christian Concern  
International Coalition for religious freedom  
jihadwatch.org  
Open Doors  
R.E.A.L. Organization  
This Day  
U.S. Department of State, Annual Report on International Religious Freedom, ed. 2009; ed. 2010  
United States Commission on International Religious Freedom – Annual Report, ed. 2009; ed. 2010  
Worldwide Religious News